

# Der Vollzugsdienst

6/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Bundesgewerkschaftstag  
wirft seine  
Schatten voraus**

Bundeshauptvorstand tagte im  
digitalen Format

Seite 1

**Haben wir aus  
dem ersten Lockdown  
nichts gelernt ?**

Föderalismus verhindert  
einheitliche Regelungen

Seite 6

**Justizvollzug steht vor  
gravierenden personellen  
Veränderungen**

Die Attraktivität des Berufsbildes  
ist unbedingt zu verbessern

Seite 72

Foto: © frank peters/stock.adobe.com



**WIR  
stehen  
zusammen!**

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug

*Wir wünschen allen Kolleginnen  
und Kollegen und ihren Familien  
besinnliche Weihnachtstage und  
ein gesundes neues Jahr 2021.*

*Ihre BSBD Bundesleitung*



**RHEINLAND-PFALZ**



**SACHSEN**



**THÜRINGEN**

# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Weihnachten trotz Pandemie
- 1 Bundesgewerkschaftstag wirft seine Schatten voraus
- 2 Hygienemuseum Dresden: Die Ausstellung „Im Gefängnis“
- 4 Ältere Menschen und Digitalisierung
- 5 Weitere Zunahme der Gewalt gegen Bedienstete
- 5 Wunschdenken trifft auf die harte Realität
- 6 Haben wir aus dem ersten Lockdown nichts gelernt?
- 7 Demokratieseminar fand unter strengen Corona-Auflagen statt
- 8 Bundesseminar in Bonn: „Noch ist Polen nicht verloren“

## LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 24 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 34 Hamburg
- 37 Hessen
- 44 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 49 Nordrhein-Westfalen
- 63 Rheinland-Pfalz
- 65 Saarland
- 68 Sachsen
- 70 Sachsen-Anhalt
- 72 Thüringen
- 68 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@bsbd.de">rene.mueller@bsbd.de</a> <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	<a href="mailto:horst.butschinek@bsbd.de">horst.butschinek@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	<a href="mailto:soenke.patzer@bsbd.de">soenke.patzer@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	<a href="mailto:alexander.sammer@bsbd.de">alexander.sammer@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	<a href="mailto:rene.selle@bsbd.de">rene.selle@bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<a href="mailto:vollzugsdienst@bsbd.de">vollzugsdienst@bsbd.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	<a href="mailto:Alex.Bodman@web.de">Alex.Bodman@web.de</a> <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	<a href="mailto:post@jvb-bayern.de">post@jvb-bayern.de</a> <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	<a href="mailto:mail@bsbd-berlin.de">mail@bsbd-berlin.de</a> <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de">bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de</a> <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	<a href="mailto:sven.stritzel@jva.bremen.de">sven.stritzel@jva.bremen.de</a>
<b>Hamburg</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@lvhs-hamburg.de">rene.mueller@lvhs-hamburg.de</a> <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	<a href="mailto:vorsitzende@bsbd-hessen.de">vorsitzende@bsbd-hessen.de</a> <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	<a href="mailto:hans_j_papenfuss@me.com">hans_j_papenfuss@me.com</a> <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	<a href="mailto:oliver.mageney@vnsb.de">oliver.mageney@vnsb.de</a> <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	<a href="mailto:ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de">ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de</a> <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	<a href="mailto:bsbd.winfried.conrad@t-online.de">bsbd.winfried.conrad@t-online.de</a> <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	<a href="mailto:M.Wollscheid@justiz.saarland.de">M.Wollscheid@justiz.saarland.de</a>
<b>Sachsen</b>	René Selle	<a href="mailto:selle@bsbd-sachsen.de">selle@bsbd-sachsen.de</a> <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	<a href="mailto:mario.pinkert@bsbd-isa.de">mario.pinkert@bsbd-isa.de</a> <a href="http://www.bsbd-isa.de">www.bsbd-isa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Thomas Steen	<a href="mailto:steen@bsbd-sh.de">steen@bsbd-sh.de</a> <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	<a href="mailto:post@bsbd-thueringen.de">post@bsbd-thueringen.de</a> <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 1/2021:



**16. Februar 2021**

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*  
 seit März bestimmt die COVID-19-Pandemie das Dienstgeschehen, das öffentliche Leben und beeinflusst auch unser privates Umfeld. Gewerkschaftliche Veranstaltungen mit der sonst so notwendigen Präsenz werden im digitalen Format durchgeführt. Liebgewordene Freizeitaktivitäten in Sport und Kultur vermissen wir schmerzlich. Selbst private ausgelassene Feiern sind stark eingeschränkt oder finden mit Rücksicht auf unsere älteren oder gesundheitlich angeschlagenen Angehörigen nicht statt. Sicher können wir das Wort Corona kaum noch hören, es bleibt jedoch in dieser Zeit weiter lebensbestimmend. Und trotzdem, Weihnachten ist das Fest der Besinnlichkeit und Ruhe, und das sollten wir uns auch durch eine Situation wie diese nicht verderben lassen. Die Bundesleitung wünscht allen Kolleginnen und Kollegen und deren Angehörigen ein



frohes, besinnliches und vor allem gesundes Weihnachtsfest. Versucht die Krise zumindest für die Feiertage auszublenden soweit es geht, denn auch im kommenden Jahr werden wir Kraft und Zuversicht benötigen, um für bestehende und kommende Aufgaben gerüstet zu sein. Den Kolleginnen und Kollegen, denen es nicht vergönnt ist dienstfrei oder Urlaub über die Festtage zu haben, wünschen wir einen ruhigen, kurzweiligen und möglichst stressfreien Dienst.

\*\*\*

*„Zu Weihnachten empfinden wir besonders stark, wie eng wir in der Familie zusammengehören und was wir ihr verdanken.“*

R. v. Weizäcker

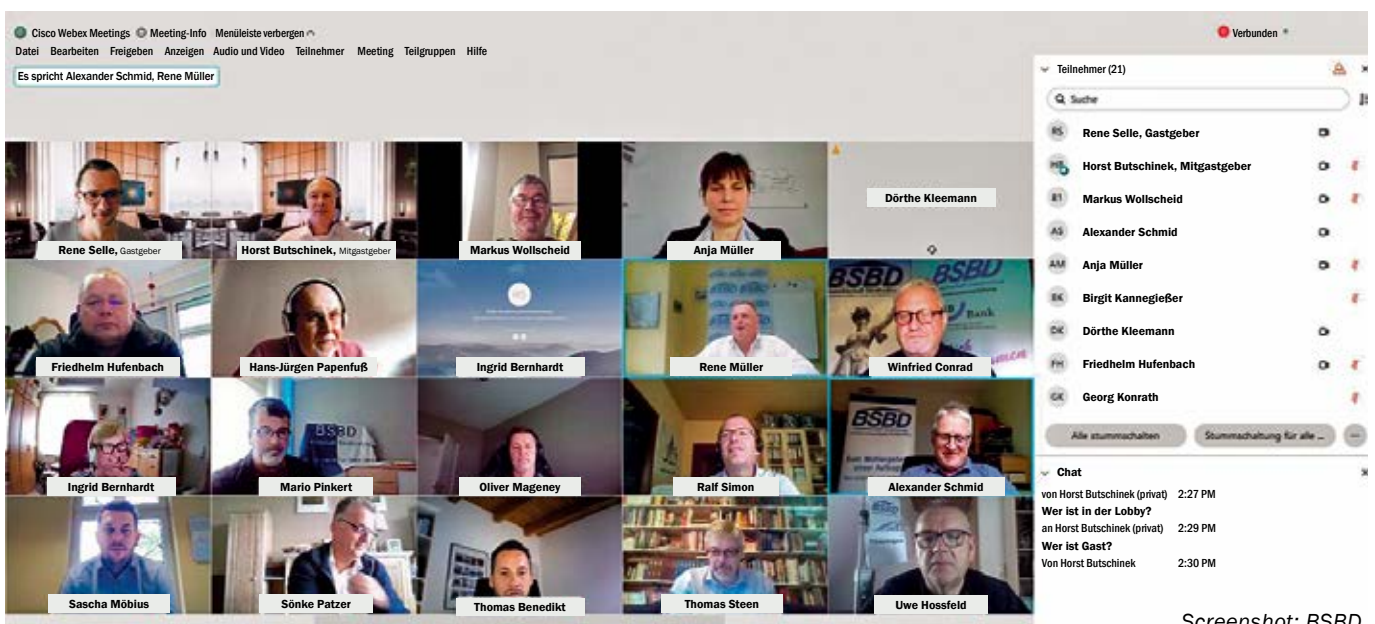
*Frohes Fest und bleibt GESUND!*

**Eure  
 Bundesleitung**

Bundeshauptvorstand tagte digital

# Bundesgewerkschaftstag wirft seine Schatten voraus

Weitere Themen: Einsparungen beim dbb und Ausbildungsstandards im AVD



Screenshot: BSBD

Die ursprünglich für den 27. Oktober 2020 vorgesehene Bundeshauptvorstandssitzung des BSBD sollte in Berlin stattfinden. Das aktuelle Infektionsgeschehen in Deutschland und weil zu diesem Zeitpunkt gerade Berlin als Hot Spot gilt, bewog die Bundesleitung, in diesem Jahr die Bundeshauptvorstandssitzung als Alternative in einem digitalen For-

mat durchzuführen, denn auf den wichtigen Austausch der Mitglieder des Bundeshauptvorstandes zu verzichten, kam für die Bundesleitung nicht in Betracht. So folgten die BSBD-Landesvorsitzenden bzw. deren Vertreter der Einladung an ihren Rechnern in einer für sie ungewohnten Situation. Trotz kleineren technischen Schwierigkeiten zu Beginn kann man schon einmal resümieren,

dass die Videokonferenz als Alternative ein akzeptables Format zum Austausch bietet, sodass ähnliche Sitzungen auch außerhalb einer Pandemie für die Bundesarbeit zuzüglich zu Präsenzveranstaltungen vorstellbar sind.

Vielen Dank dem Organisator.

Nach den Berichten des Vorsitzenden, der einzelnen Bundesleitungsmitglieder und Gremienleiter ging es vor-

nehmlich um die bisherige inhaltliche Arbeit zur Erreichung der Beschlüsse des Bundesgewerkschaftstages 2016, der technischen Umsetzung von Umfragen, der Gestaltung des Gewerkschaftsorgans „Vollzugsdienst“ und der Koordinierung der Zusammenarbeit. Themen wie geplante Einsparungen des **dbb** wurden ebenfalls angesprochen und natürlich auch die Ausrichtung des Bundesgewerkschaftstages in 2021 in Niedersachsen. Aktuelle geplante Vorgehen einzelner Landesministerien werden mit Sorge gesehen, so bspw. die Bestrebungen des Ministeriums in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die Ausbildung im AVD zu verkürzen.

Auch die Heilfürsorge, die freie Heilfürsorge und die unterschiedliche Handhabung der Beihilfe und pauschalen KV der Bundesländer wurden diskutiert.

Der Bundeshauptvorstand befasste sich thematisch auch mit der weiteren offensichtlichen Zunahme psychisch auffälliger Gefangener (z. B. Untergebracht nach §126a StPO), die unter normalen Umständen nicht in den Justizvollzug gehören und Gefangene mit extremistischen Hintergrund und den damit zusammenhängenden Aufgaben, die in einzelnen Anstalten kaum noch zu bewerkstelligen sind. Hier präferiert die Bundesleitung eine zentrale Hafteinrichtung unter Aufsicht des Bundesjustizministeriums und einen Betrieb in deren Zuständigkeit. Auch die letzten schweren Übergriffe auf Bedienstete (der Landesverband NRW und die Bundesleitung berichteten), machen deutlich, dass die Gewalt im Vollzug nicht nachlässt. Da sich die avisierte Umfrage von **Frau Kemperdiek** zum Thema Gewalt gegen Bedienstete im Justizvollzug auf Grund der Pandemie weiter verzögert, wurde beschlossen, die eigeninitiierte Umfrage des **BSBD** wieder auf die Website zu stellen.

Bis weit in den späten Nachmittag wurden weitere diverse Themen besprochen, gefachsimpelt und auch kontrovers diskutiert. In der Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass die Sitzung des Bundeshauptvorstandes auch in der Durchführung einer Videokonferenz das Ziel der Berichterstattung, der Beschlussfassung und der Haushaltsberatungen erreicht hat.

Für eine Präsenzsitzung und den persönlichen Austausch ist eine Videokonferenz jedoch kein Ersatz. So wurde die Sitzung durch den Bundesvorsitzenden auch mit der Hoffnung geschlossen, dass im kommenden Jahr ein umfangreicher persönlicher Austausch wieder möglich sein wird. ■

Nach Genf und Lyon nun im Deutschen Hygienemuseum Dresden

## Die Ausstellung „Im Gefängnis“

René Selle vertritt den BSBD im Rahmen einer Podiumsdiskussion

**Vom 26. September 2020 bis zum 31. Mai 2021 findet im Deutschen Hygienemuseum in Dresden die Ausstellung „Im Gefängnis“ statt. Dabei handelt es sich um eine Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums Dresden, des Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseums Genf und des Musée des Confluences Lyon.**

Kuratorinnen sind **Isabel Dzierson (Dresden)**, **Marianne Rigaud-Roy (Lyon)** und **Sandra Sunier (Genf)**. Die Gestaltung erfolgte durch **Holzer Kobler Architekturen (Zürich/Berlin)**.

Die Ausstellung gastierte schon in Genf und in Lyon, bevor sie nun in Dresden besichtigt werden kann. Sie

läutern zu lassen, bevor wir nach einem Vorgespräch zur eigentlichen Veranstaltung gingen.

Als weitere Diskussionsteilnehmer waren **Mathias Weilandt** (Staatssekretär, Sächsisches Staatsministerium der Justiz) **Prof. Dr. Jens Borchert** (Sozialwissenschaftler und Kriminologe, Hochschule Merseburg) und **Pedro Holzhey** (Vorstandsvorsitzender von **Set-Free e.V.**) eingeladen.

Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von der Journalistin **Susanne Kailitz**.

Leider war Staatssekretär **Weilandt** verhindert. Seinen Platz nahm **Jörn Göckejan** (Abteilungsleiter Justizvollzug aus dem SMJusDEG) ein.



Einmal mehr hat der stellvertretende BSBD-Bundesvorsitzende René Selle auf die prekäre Situation in den Gefängnissen hingewiesen. Foto: Oliver Killig

beschäftigt sich mit den Themen **Geburt des Gefängnisses, Freiheitsentzug, Gefängnisalltag und Regelverletzungen** sowie mit der Frage „**Anders Strafen?**“. Die Ausstellung wird begleitet von verschiedenen Filmprojekten, Vorträgen und Podiumsdiskussionen.

In diesem Rahmen erhielt ich als Landesvorsitzender des **BSBD Sachsen** und stellvertretender Bundesvorsitzender des **BSBD** die Anfrage, ob ich an der Podiumsdiskussion „**Wie steht es um die Gefängnisse in Sachsen?**“ teilnehmen würde. Die Einladung habe ich gerne angenommen.

Im Vorfeld der Podiumsdiskussion habe ich die Gelegenheit genutzt, die Ausstellung zu besuchen und mir er-

Die gut gefüllten Zuschauerreihen folgten den verschiedenen Themen wie zum Beispiel die aktuelle Situation in den sächsischen Gefängnissen in Bezug auf Behandlung, Personalausstattung und Alternativen zum jetzigen Justizvollzug.

Dabei zeigte sich, dass die Diskussionsteilnehmer durchaus verschiedene Standpunkte zu den Themen hatten, diese aber sehr sachlich und gut moderiert darstellen konnten.

Den Abschluss bildeten dann verschiedene Fragen vom Publikum an die Diskussionsteilnehmer.

Insgesamt empfand ich die Veranstaltung als sehr gelungen. Einmal mehr konnte ich auf die prekäre Situation in



Gestaltung: Holzer/Kobler Architekturen (Zürich, Berlin).

Fotos (2): Radek Brunecky

den Gefängnissen hinweisen. Sicherlich kann man unseren heutigen Justizvollzug noch weiter ausgestalten und über eine Vielzahl von neuen Projekten nachdenken. Dies setzt aber voraus, dass unsere Politiker aufhören nur innerhalb

einer Wahlperiode zu denken und auch die Gesellschaft bereit ist, die Arbeit im Justizvollzug nicht nur als notwendiges Übel zu sehen. Dass die im Vorfeld bekannten Themen auch auf das Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen

gestoßen sind, zeigte sich auch daran, dass ich in den Zuschauerreihen eine Vielzahl von bekannten Gesichtern entdecken konnte.

René Selle

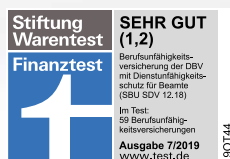
Stellv. BSBD-Bundsvorsitzender ■

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie leisten täglich viel im stressigen Arbeitsalltag. Die **DBV Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung** speziell für **Beamte** bietet Ihnen Schutz von Anfang an – egal, was kommen mag.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter [www.DBV.de](http://www.DBV.de).



Bund und Länder sind gefordert

## Ältere Menschen und Digitalisierung

Bundesregierung stellt achten Altersbericht vor

Die Bundesregierung stellte am 12. August 2020 den achten Altersbericht „Ältere Menschen und Digitalisierung“ vor und zeigt darin die Bedeutung digitaler Technologien für ältere Menschen auf.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Entwicklung, Verbreitung und Nutzung digitaler Technologien in den Bereichen Wohnen, Mobilität, soziale Integration, Gesundheit, Pflege und Sozialraum gelegt.

Gerade die derzeitige Corona-Pandemie hat sehr deutlich vor Augen geführt, wie wichtig auch der digitale Kontakt zu Familie, Freunden und Verwandten, Gruppen und Vereinen ist. Auch ältere Menschen müssen deshalb lernen, zum Beispiel mit Videoplattformen umzugehen, um zumindest digital nahe sein zu können.

Voraussetzung für eine derartige Teilhabe ist natürlich, dass eine digitale Grundausstattung zu Hause vorhanden ist. Dazu gehören als Basis die Zugriffsmöglichkeit auf eine vernünftige Internet- und WLAN-Verbindung und entsprechende Endgeräte (z. B. Laptop).

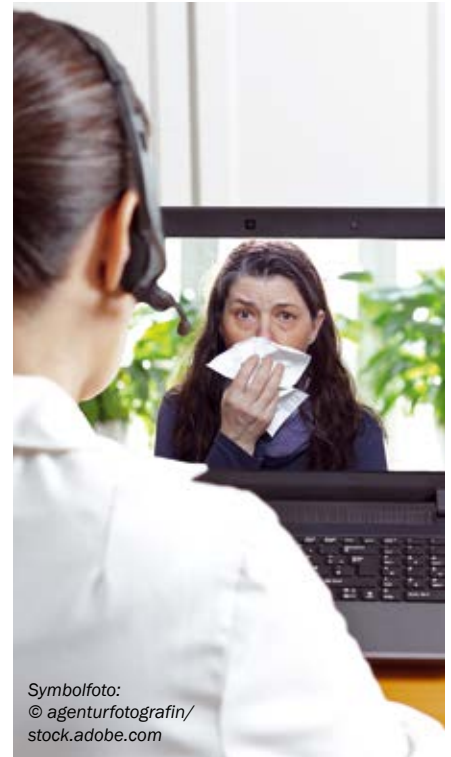
Die Möglichkeit des ausreichenden Internetzuganges sollte nicht nur in Privatwohnungen, sondern ebenfalls in Patientenzimmern in Senioren- und Pflegeheimen vorhanden sein.

Dass die Welt der Digitalisierung gerade älteren Menschen eine Vielzahl

von Hilfen und Unterstützungen bieten kann, sollen einige Beispiele aufzeigen:

- Aufrechterhalten der Kontakte zu bestehenden Bezugspersonen, Verwandten und Bekannten sowie Aufbau neuer Beziehungen durch Nutzung digitaler Kommunikationstechnologien wie Video-Telefonie, WhatsApp, E-Mail etc.;
- Digitale Hausnotrufsysteme, Systeme zur Sturzerkennung, Türöffnungs- und Beleuchtungssysteme, Saug- und Mähroboter usw. ermöglichen auch gesundheitlich angeschlagenen Seniorinnen und Senioren ein Leben in den eigenen vier Wänden;
- Gesundheits-Apps erinnern an die regelmäßige Einnahme von Arzneimitteln oder unterstützen bei der Dokumentation der Blutzuckerwerte;
- Telemedizin erspart manchen mühevollen Arztbesuch;
- Verbesserung der allgemeinen Mobilität durch elektronische Aufstieghilfen, Mobilitäts-Apps, Assistenzsysteme in Fahrzeugen, smarte Rollstühle bis hin zu Exoskeletten, Exergame-Systemen und Wearables;
- Unterstützung der gesundheitlichen oder pflegerischen Versorgung z. B. durch berührungslose Vitaldatenmessung und Telepflege.

Bis die Digitalisierung gerade älteren Menschen von unmittelbarem Nutzen im Alltag sein kann und wird, muss von Seiten der Länder und des Bundes



Symbolfoto:  
© agenturfotografir/  
stock.adobe.com

**Die Möglichkeit der Telemedizin kann manchen mühevollen Arztbesuch ersparen.**

noch sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden. So ist ein wirklich flächendeckender Internetzugang Grundvoraussetzung; dieser fehlt aber bis heute in weiten Landstrichen. Auch verfügen viele ältere Menschen nicht über die benötigten Kenntnisse, um sich in der digitalen Welt zurecht zu finden. Entsprechende Bildungsangebote für die ältere Generation sind erforderlich.

Letztendlich werden viele auch an der Kostenfrage scheitern, denn gerade für die häusliche Infrastruktur muss jeder selbst sorgen. Hier werden sicher Zuschüsse von den beteiligten Stellen erforderlich sein.

Nicht außer Acht gelassen werden darf ein umfassender Datenschutz, damit die Nutzung moderner Medien in dieser Hinsicht keine Gefahren birgt.

**Bei aller Hilfestellung und Verbesserung, welche durch digitale Angebote erreicht werden können, darf nicht vergessen werden, dass E-Mail, Internet und Co. persönliche Kontakte nicht ersetzen können!**

Der sehr umfassende 162-seitige Achte Altersbericht kann im Internet auf der Seite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)) eingesehen und bestellt werden.

Wir hoffen, dass der Bericht Ihr Interesse wecken und Ihren Alltag bereichern wird. Bleiben Sie gesund!

*Für die BSBD-Seniorenvertretung  
Wieland Meyer, Mitglied des  
BSBD-Seniorenausschuss*



Symbolfoto: © NicoEINing/stock.adobe.com

**Eine digitale Grundausstattung zu Hause, mit Internet- und WLAN-Verbindung, ist die Voraussetzung um mit Videoplattformen erfolgreich umzugehen.**

## Weitere Zunahme der Gewalt gegen Bedienstete

Mehrere Geiselnahmen im Justizvollzug in deutschen Gefängnissen

**Deutlicher als am 16. Oktober 2020 kann eine Zunahme der Gewalt gegen Bedienstete in den deutschen Gefängnissen nicht zu Tage treten.**

Innerhalb von wenigen Wochen kam es am 16. Oktober 2020 zu einer weiteren Geiselnahme in einer deutschen Justizvollzugsanstalt.

Nachdem erst Anfang September die Justizvollzugsanstalt Geldern Schauplatz eines Verbrechens war, – dort kamen drei Bedienstete zu Schaden – wurde nun auch noch die Justizvollzugsanstalt Münster Ort einer solchen Straftat, die für den Geiselnahmer tödlich endete und aus der unsere als Geisel genommene Kollegin (eine An-

wärterin) glücklicherweise unverletzt befreit werden konnte, nachdem Spezialeinsatzkräfte der Polizei von der Schusswaffe gegen den Geiselnahmer Gebrauch machen mussten. (*Bericht NRW*).

Bereits im Juni 2019 wurde in der JVA Lübeck eine Kollegin, die dort als Psychologin ihren Dienst verrichtet, von einem Inhaftierten als Geisel genommen. Schwere physische Verletzungen konnten größtenteils durch umsichtiges und konsequentes Handeln der Bediensteten und Einsatzkräfte vermieden werden.

Die psychischen Folgen für die betroffenen Bediensteten bleiben jedoch unabsehbar.

Wer seitens der Politik die Zunahme von Gewalt in deutschen Justizvollzugseinrichtungen jetzt immer noch mit Gleichgültigkeit betrachtet, sollte sich angesichts der schweren Vorkommnisse eines Besseren belehrt sehen.

Wir wünschen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine bestmögliche Bewältigung dieses traumatischen Erlebnisses.

Die Personalräte des **BSBD**, die Landes- und Ortsverbände und die Bundesleitung des **BSBD** stehen den betroffenen Kolleginnen und Kollegen jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

*René Müller*

*BSBD Bundesvorsitzender*

## Wunschdenken trifft auf die harte Realität

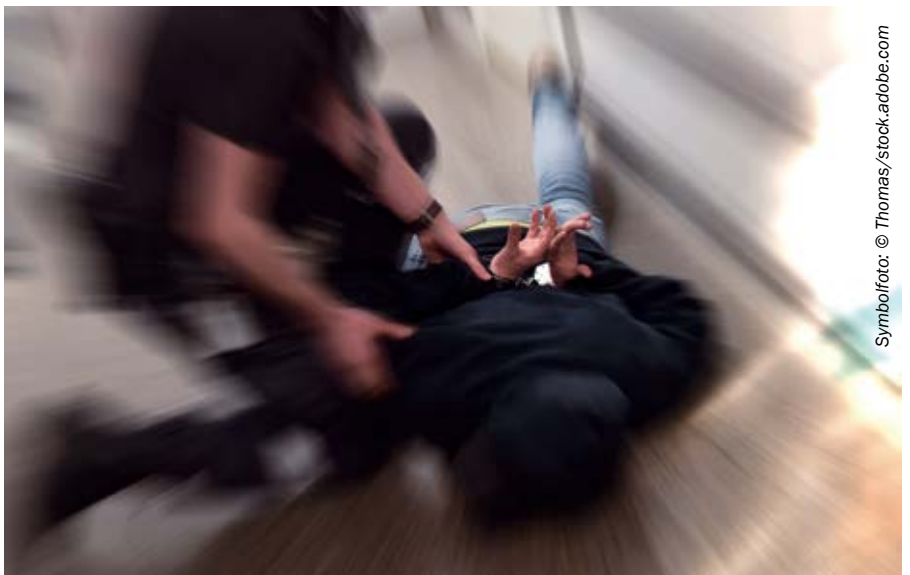
Nulltoleranz bei Gewalt gegen Vollzugsbedienstete

**Gerade in den letzten Wochen wurde wieder deutlich (s. auch obenstehenden Artikel), dass Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzug zunehmend zur Zielscheibe von Gewalt während ihres Dienstes werden.**

Nicht nur die Häufigkeit der Angriffe, sondern auch die Schärfe der tätlichen Übergriffe bis hin zu Geiselnahmen mit Waffengewalt ist zu verzeichnen. Immer wieder wird gerade den Vollzugsbediensteten seitens der Behörden und der Politik suggeriert, eine Nulltoleranzpolitik gegen Gewalt im öffentlichen Dienst zu verfolgen. Leider werden wir im Justizvollzug häufig eines Besseren belehrt, wie uns der folgende zugesandte Beitrag verdeutlicht.

### Bericht und Kommentar eines Vollzugsbediensteten

„Ein Gefangener mit extrem dissozialen Verhaltensweisen weigerte sich beharrlich seinen Haftraum zu reinigen. Trotz mehrfacher Aufforderungen kam er den Weisungen der Kollegen, den Haftraum in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen, nicht nach. Daher sahen sich die Kollegen genötigt, den Haftraum durch Hausarbeiter säubern zu lassen. Also wurde der Gefangene aufgefordert, während der Reinigungsarbeiten seinen Haftraum zu verlassen. Statt der Aufforderung nachzukommen, beschimpfte und bedrohte er – ein bekanntes Verhaltensmuster des Gefangenen – die Kollegen mit Kraftausdrü-



Symbofoto: © Thomas/stock.adobe.com

cken. Nachdem er nicht freiwillig den Haftraum verlassen wollte, nahmen die Kollegen ihn in die Mitte und wollten ihn aus dem Haftraum führen. Hierbei begann der Gefangene um sich zu treten. Sofort lösten die beiden Kollegen Alarm aus. Ich eilte zur Unterstützung der Kollegen herbei. Wir brachten den Gefangenen in den besonders gesicherten Haftraum. Und wieder ging er auf einen Kollegen los. Hierbei versuchte der Gefangene weiter um sich zu schlagen und zu treten und musste gesichert werden. Also Bodenlage, Haltegriff. Ich sicherte den rechten Fuß des Gefangenen. Der renitente Inhaftierte entwickelte so viel Kraft, dass er den rechten Fuß befreien konnte und erneut um

sich trat. Kollegen wurden verletzt, einem anderen Kollegen spuckte er ins Gesicht. Mist, auch mein Knie ist verletzt. Aus Kollegialität und um meine Kollegen nicht zusätzlich zu gefährden, biss ich die Zähne zusammen und sicherte den Tobenden weiter. Nur nicht loslassen. Die Kollegen brauchen deine Unterstützung. Das Knie schmerzte. Endlich ist der Gefangene im besonders gesicherten Haftraum untergebracht, die Kollegen erst einmal in Sicherheit und die Tür geschlossen. Ich setze mich hin. Die Spannung fällt ab. Die Kollegen sind um uns Verletzte bemüht. Mein Knie schwillt an und beginnt sich zu verfärben. Der angespuckte Kollege wird erst einmal mit der Ungewissheit

leben, ob er sich durch den Speichel des Gefangenen infiziert haben könnte. Es dauert ein paar Tage bis das Ergebnis vorliegt.

Ich bin mehrere Wochen selbst außer Gefecht gesetzt, inklusive Operation am Knie. Fazit des Einsatzes: mehrere verletzte Kollegen und die scheinbare Gewissheit, dass dies nicht ohne Folgen für den Gefangenen bleibt. Wie gewohnt hat die Anstalt gegen den Gefangenen Strafanzeige erstattet. Ich habe meine Zeugenaussage bei der Polizei gemacht, mit dem festen Glauben, unser Rechtsstaat wird dem Gefangenen schon deutliche Konsequenzen für sein Verhalten zeigen.

**Vor einigen Tagen bekam ich dann ein Schreiben der Staatsanwaltschaft mit folgendem Inhalt:**

**„Strafverfahren gegen den Strafgefangenen xxxxxx**  
 Sehr geehrter Herr  
 (Vollzugsbediensteter),  
 der Beschuldigte xxxxxx ist in einem anderen Verfahren zu einer erheblichen Strafe – Gesamtfreiheitsstrafe von x Jahren und x Monaten und einer Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus – verurteilt worden.  
 Daneben würde die Strafe, die wegen des von Ihnen angezeigten Sachverhalts zu erwarten wäre, nicht beträchtlich ins Gewicht fallen.  
**Ich habe daher von der Erhebung der öffentlichen Klage gemäß § 154 Abs. 1 abgesehen und das Verfahren eingestellt.“ ...**

O-Ton aus der Politik: **„Jeder einzelne Angriff auf unsere Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Sicherheit die Knochen hinhalten, ist einer zu viel.“** Deshalb sind Schreiben einer Staatsanwaltschaft mit dem beschriebenen Textinhalt wie ein Schlag in das Gesicht jeder Kollegin und jedes Kollegen.

**„Jeder einzelne Angriff .....“**

Tatsächlich?

Jeder, der zum Dienst geht, stellt sich immer wieder die Frage: Komme ich heute ohne Blessuren aus dem Dienst zurück?

Wir riskieren jeden Tag unsere Gesundheit, um nicht zu sagen unser Leben. Wir werden beschimpft, bedroht, bespuckt und tätlich angegriffen. Wir setzen die Gesetze und Vorschriften um, damit die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet wird.

Und wie werden wir geschützt?

**Wir erwarten eine Nulltoleranzpolitik bei Übergriffen auf Bedienstete und keine Lippenbekenntnisse.“** ■

Föderalismus verhindert einheitliche Regelungen

## Haben wir aus dem ersten Lockdown nichts gelernt?



Symbolfoto:  
 © MQ-Illustrations/  
 stock.adobe.com

**D**ie nicht mehr vorhandenen Plätze im Justizvollzug mussten in der Vergangenheit geschaffen werden, um Quarantänestationen einzurichten und um Plätze für an COVID-19 erkrankte Inhaftierte vorzuhalten. Zu diesem Zweck wurden Ersatzfreiheitsstrafen nicht mehr vollzogen, Haftantritte ausgesetzt und für einen bestimmten infrage kommenden Personenkreis Haftstrafen unterbrochen und/oder ausgesetzt. Ein größerer Ausbruch des Virus in einer deutschen Vollzugsanstalt konnte bislang durch das umsichtige Verhalten der Bediensteten und der gefassten Beschlüsse der Kri-

sen- und Pandemiekommissionen der Justizministerien der Länder vermieden werden.

Dem aktuellen Geschehen kann sich der deutsche Justizvollzug nicht verschließen. So sind mittlerweile vermehrt Infektionen in Vollzugsanstalten zu verzeichnen. Sowohl Personal als auch Gefangene sind zunehmend von dem COVID-19-Virus betroffen. Ein Infizierter bedeutet in der Regel einen Personalausfall im zweistelligen Bereich durch die Quarantäneregelungen und Hygieneverordnungen. Dass der Justizvollzug das Extreme meistern kann, haben die Kolleginnen und Kollegen



Symbolfoto: © Ralf Geithe/stock.adobe.com

**Sowohl Personal als auch Gefangene sind zunehmend von dem COVID-19-Virus betroffen.**



eindrucksvoll bewiesen und zahlreiche Vergünstigungen und Erleichterungen für Inhaftierte konnten das temporäre direkte Kontakt- und Besuchsverbot etwas kompensieren und die Unruhe unter den Gefangenen mildern. Bedienstete sind trotz des Lockdown fast vollzählig zum Dienst erschienen, auch auf die Gefahr hin, sich zu infizieren.

Während andere Berufsgruppen im Homeoffice verweilten oder freigestellt waren, sind die Bediensteten ihrer Tätigkeit nachgegangen, gehören sie ja zu den systemrelevanten Berufen. Wenn es jedoch darum ging, die Kinder unterzubringen oder Waren des täglichen Bedarfs zu organisieren, musste jeder einzelne versuchen, Dienst und Privates in den Einklang zu bringen.

Sollte Kontakt zu einem Infizierten bestehen, stellten sich die Fragen, wann getestet wird, wer getestet wird, wo getestet wird und wann hat sich ein Bediensteter in Quarantäne zu begeben und wie lange? Fragen, mit denen die Bediensteten lange alleine gelassen wurden und die durch so manche Anstalt nicht beantwortet werden konnten. Es war ein permanentes „Fahren auf Sicht“.

### Jedes Bundesland kämpft für sich allein

Wie steht es um Schutzausrüstungen für Vollzugsbedienstete, Desinfektionsmittel und Schutzhandschuhe? Elementare Dinge für einen Einsatz im Justizvollzug auch ohne COVID-19. Hier war klar zu bemerken, dass jedes Bundesland für sich kämpft, um die Corona-Krise in den Griff zu bekommen.

**Der BSBD vermisst nach wie vor eine eindeutige bundesweite Handlungspraxis oder auch hier Konzepte zur Eindämmung der Krise und eine klare Ausarbeitung von Notfallszenarien.**

Eine großflächige Infektion von Bediensteten und den damit verbundenen Personalausfall können einzelne Anstalten und Bundesländer immer noch nicht allein kompensieren. **Der Einsatz von Alternativpersonal anderer Sicherheitsbehörden oder eine Personalverstärkung aus anderen Bundesländern wäre dringend notwendig, ebenso die zentrale Beschaffung und Verteilung von Schutzausrüstung und -material zur Einhaltung des Infektionsschutzes über den Krisenstab des Bundes, den es für den Justizvollzug im Bundesjustizministerium offensichtlich nicht einmal gibt.**

Und wie sieht es aktuell aus? Wir sind mitten in der zweiten Corona-Welle und wieder beginnen wir die Fehler aus der



**FFP2- oder FFP3-Masken sind vermutlich aus Kostengründen nach wie vor kaum im Einsatz.**

ersten zu wiederholen. Jeder kämpft für sich allein. Die bemängelten Zustände halten weiter an. Mittlerweile sind vor allem in den norddeutschen Bundesländern die Haftplatzkapazitäten erneut extrem überschritten. Quarantänestationen sind auf ein absolutes Minimum reduziert und fragwürdige Doppelbelegungen an der Tagesordnung. Personal

## Demokratieseminar fand unter strengen Corona Auflagen statt

Die Referenten standen, trotz coronabedingter Absage im Frühjahr, erfreulicherweise erneut zur Verfügung

**Kolleginnen und Kollegen – Coronabedingt leider nur aus drei Bundesländern – trafen sich in Königswinter zu einem Bundesseminar unter dem Titel: Gehört der Islam und das Judentum zu Deutschland?**

Geplant war dieses Seminar im Frühjahr, musste jedoch wegen der Pandemieentwicklung kurzfristig abgesagt werden. Umso mehr freuten sich die Organisatoren über die Tatsache, dass alle Referenten auch beim zweiten Anlauf zur Verfügung standen.

Den Beginn machte Herr **Dr. Radhan**. Herr **Dr. Radhan** ist Islamwissenschaftler und seit einigen Jahren als islamischer Seelsorger in Rheinland-Pfalz hauptamtlich tätig. Er referierte zu dem Thema: „**Wer bestimmt das Recht Scharia?**“

**Dr. Radhan** erläuterte die verschiedene Auslegung des Korans anhand von Beispielen. Er räumte auch mit dem

ist extrem knapp mit einer Unmenge an Überstunden und bundesweite Notfallszenarien für den Justizvollzug seitens des Bundesjustizministeriums bleiben aus. Und das zu einer Zeit, in der die Infektionszahl weitaus höher ist als zu Hochzeiten der ersten Corona-Welle.

Flächendeckende Testungen für das Personal in den Justizvollzugsanstalten, wie sie bspw. für Personal in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorgesehen sind, fehlen.

FFP2- oder FFP3-Masken, die nicht nur die Personen in der Umgebung sondern auch den Träger selbst schützen sind, vermutlich aus Kostengründen, nach wie vor kaum im Einsatz.

Während man den Behörden in ihrem zögerlichen Verhalten zum Schutz der Bediensteten die gemachten Fehler in der ersten Corona-Phase kaum vorhalten kann (denn es war eine für alle Beteiligten neue Situation), wird man zum jetzigen Zeitpunkt bei einer großflächigen Infektion im Justizvollzug derselben Behörde, wenn nicht Vorsatz, so doch zumindest Fahrlässigkeit vorwerfen. Handeln statt Reden und nicht umgekehrt.

**Nach Ansicht der Gewerkschaft BSBD ist der Föderalismus innerhalb des deutschen Justizvollzuges einmal mehr gescheitert, wie die gegenwärtige Krise verdeutlicht.** ■

ein- oder anderen Vorurteil auf. In der anschließenden Diskussion wurde sehr engagiert die ein- oder andere Fragestellung abgearbeitet.

Der zweite Tag stand zunächst im Zeichen: „**Gehört das Judentum zu Deutschland?**“

Als kompetenten und erfahrenen Referenten konnte hier der Beauftragte für Antisemitismus und jüdisches Leben Rheinland-Pfalz **Dieter Burgard** gewonnen werden.

**Herr Burgard** war vor seiner jetzigen ehrenamtlichen Tätigkeit viele Jahre als Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz tätig und hatte in dieser Funktion viele Berührungspunkte zum Justizvollzug. Mit Bezug auf aktuelle Vorkommnisse referierte **Herr Burgard** über den beängstigenden Zuwachs von Antisemitismus in Deutschland.

Obwohl nur sehr wenige Bürgerinnen und Bürger direkten Kontakt zu jüdischem Leben in Deutschland haben,



Alwin Theobald.

Foto: BSBD

kommt es immer wieder – auch schon im privaten Bereich – zu antisemitischen Äußerungen. Nicht zuletzt die aktuellen Vorfälle im Bereich der Polizei NRW und anderen Sicherheitsorganen im Bundesgebiet gaben den Anwesenden ausreichend Gesprächsstoff.

Der Nachmittag stand im Zeichen der Politik. **Alwin Theobald** – saarländischer Landtagsabgeordneter der CDU – war vor seiner politischen Karriere als Vollzugsbeamter im AVD im Justizvollzug des Saarlandes tätig.

Er informierte die Anwesenden über die Möglichkeiten der Politik, die zunehmenden gesellschaftlichen Problemstellungen zu lösen.

Am letzten Seminartag wurde die Stellung der in vielen Bundesländern erstarkten AfD beleuchtet.

Nach einer sehr kontroversen Diskussion wurde in einer „gestellten“ Podiumsdiskussion von den Seminarteilnehmern die Fragestellung „Welche Macht hat die Presse in der heutigen Zeit?“ abgearbeitet.



Dieter Burgard.

Foto: BSBD

## „Noch ist Polen nicht verloren!“

BSBD-Bundesseminar fand unter Einschränkungen des erneuten Lockdowns statt

**Kurz vor Beginn des neuen Lockdowns trafen sich Kolleginnen und Kollegen noch zu einem BSBD-Bundesseminar in Bonn.**

Statt – wie üblich in der **dbb akademie** – waren die Seminarteilnehmer aus Belegungsgründen in einem Hotel in Bonn untergebracht. Leider konnten die polnischen Referenten wegen der Pandemie nicht nach Deutschland einreisen.

Es wäre der Kollegin und den Kollegen auch nicht zumutbar gewesen, sich nach dem Seminar in Quarantäne begeben zu müssen. Somit lag die Hauptlast bei dem Hauptdozenten Kollege **Joachim Kapitza** aus dem Saarland. Der Kollege hat polnische Wurzeln und lebt schon viele Jahrzehnte in Deutschland. Er gehört dem AVD an und ist in der JVA Saarbrücken tätig. Auch die Teilnehmerzahl war wegen Corona leider

reduziert. **Kollege Kapitza** berichtete zunächst in seinem Vortrag über die Geschichte des Staates Polen und seiner Bevölkerung. Die Vergangenheit ist nicht immer gut mit der polnischen Bevölkerung umgegangen.

Nicht zuletzt auch der Zweite Weltkrieg hatte für die Bevölkerung in Polen katastrophale Auswirkungen. Aber auch die Zeit nach dem Krieg – als Teil des Ostblocks – war mit vielen Nachteilen verbunden. Erst **Lech Walesa** mit seiner **Solidarnosc-Bewegung** brachte eine Wendung der Politik.

Die Seminarteilnehmer wurden auch über die aktuelle politische Entwicklung unseres östlichen Nachbarn informiert. Bedenklich sei die politische Orientierung der jetzigen Machthaber unter dem Einfluss der PiS-Partei. Justiz und die Pressefreiheit werden erheblich eingeschränkt. Eine Entwicklung, die uns Europäern Sorge bereiten sollte.

Während des Seminars wurde auch das „Haus der Geschichte“ in Bonn besucht. Die Kollegen waren beeindruckt von der Aufbereitung der bundesdeutschen Geschichte.

Geplant ist, das Seminar mit dem Seminarinhalt „Polen“ im nächsten Jahr zu wiederholen. Dann aber mit den polnischen Referenten.

Unser Dank gilt noch einmal dem Kollegen **Joachim Kapitza** für sein Engagement.



Blick in die Teilnehmerrunde.

Foto: BSBD